

Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.

Aboonimentspreis pro Quartal 80 Pf. (ohne Beilage), bei Auslieferung unter Kreuzband 1,20 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Einzelnenpreis: die vierseitige Petzelle 40 Pf.

Organ
des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Geprägt gegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4387.

Schriftleitung:
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abooniments-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 40.

Berlin, den 7. Oktober 1906.

7. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

IV. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung gesetzlichen Arbeiterschutz. — Zur Abrechnung für das Quartal. — Mündschau: Die rote Woche. Statt der sozialen Selbstverständnis. Schlechte Erfahrungen. Genossen, Freunde. Der Vorstand des Leipziger Ortsvereins. Die Centralstelle. — Vorsitzender: Dachdecker. Mit Schimpfversen, statt mit Beweisen. Keiner Beweis für die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften. Ist eine Maßregelung? Ein sozialistisch Gewerkschaften. Sozialistische Bewegung. — Verbandsnachrichten: Göttingen. Danzig. Freiburg i. Br. Aus der Pfalz. Antonienhütte. Düsseldorf. Eschweiler. Menden i. W. Burgsteinfurt. Römis. Düsseldorf. Hildesheim. — Brüderlichkeit. — Literarisches. — Veröffentlichungen. — Bekanntmachungen. — Abrechnungen. — Verhandlungsalender. — Anzeigen.

Den verehrlichen Lesern der „Baugewerkschaft“, die dieselbe bisher unter Streifband (Einzelgempler) bezogen, teutnis, daß wir die „Baugewerkschaft“ vom 1. Oktober usw. ab den zuständigen Postämtern überwiesen haben. Sollte im Bezug der Zeitung eine Verzögerung geltend machen, bitten wir, sich an die örtlichen Postämter zu wenden.

Achtungsvolle

Redaktion und Verlag der „Baugewerkschaft“.

Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat, wie bekannt sein dürfte, eine Buchhandlung

gründet. Um nun Zeit und Portoauslagen zu sparen, fordern unsere Mitglieder auf, alle in diesem Verlage erscheinenden Bücher und Broschüren in Zukunft direkt von dort zu kaufen. Die Adresse ist: A. Stegerwald, Köln, Palmstrasse 14.

Den Vorständen der Zahl- und Verwaltungsstellen teutnis, daß denselben mit der heutigen Sendung der „Baugewerkschaft“ ein statistischer Fragebogen zugeht, welcher einer genauen und präzisen Ausfüllung und Auslieferung erhebt. Angaben gelten als Material für die Wohnbewegungsstatistik des Verbandes. Wo die Beitungssendungen an Nichtmitglieder gehen, ersuchen wir diese, die Fragen den Vorständen zu gestellen. Auch auf das beiliegende

Informationsschreiben, welches den Bezug der freudigen Organe betrifft, sei hingewiesen.

Der Verbandsvorstand.

IV. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

J. B. Genf, den 27. September 1906.

I.

Zum vierten Male versammeln sich die Delegierten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Als Versammlungsort ist diesmal Genf in der Schweiz bestimmt. Die Schweiz spielt in der Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes eine bedeutende Rolle. Wegen seiner zentralen Lage und seines neutralen Charakters eignet sich das kleine Landchen sehr für derartige Zusammenkünfte, und was mehr noch will, die schweizerische Regierung hat seinerzeit gerne die Initiative für die erste Konferenz und später die Ausführung der Generalversammlungen übernommen. Ist in den einzelnen Ländern die Fortsetzung und Förderung des Arbeiterschutzes sehr schwierig, so ist eine internationale Versammlung in diesen Fragen noch mit viel mehr Hindernissen konfrontiert. Die Konkurrenz der Länder untereinander, die Verantwortlichkeit der gewerblichen Tätigkeit und der Aufsichtsbehörden für die Art des Arbeiterschutzes erschwert die praktische Durchführung der wohlgemeinten Beschlüsse. Überwiegend praktische Erfahrungen darf man deshalb an solche internationale Konferenzen nicht hinkippen.

Dennoch kann die Internationale Vereinigung mit Genugtuung auf ihre bisherige Tätigkeit zurückblicken. Sie hat das allgemeine Verdienst, den internationalen Arbeiterschutz von allen fruchtbaren Nährböden über Maßstäbe und nicht bloße Wünsche herausgehoben und auf den Boden der endgültigen Behandlung gestellt und damit die praktische Verwirklichung derselben angebahnt zu haben.

Der erste Arbeiterschuhkongress in Zürich im Jahre 1897 war äußerlich gewiß imposant, sowohl was das Maß der gestellten Forderungen anbetrifft, als auch den großartigen Streit zwischen der sozialdemokratischen und christlichen Partei über die Bedeutung der Frauenarbeit und der Familiengesellschaft. Über praktisch hatte er keine Erfolge. Erst als der internationale Arbeiterschutz verabschiedet wurde. Wir christlichen Arbeiter wissen aus unserer Erfahrung, daß ohne strenge Organisation auf keinem Gebiete der sozialen Bewegung etwas erreicht werden kann. Auch bei der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz gezeigt.

Organisation der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz folgt durchgeführt: In den verschiedenen Ländern sind Zentralstellen gebildet. Solche Sektionen — wie folgen im nächsten Bericht des Herrn Präsidenten S. G. Gallen — ergegenwärtig in 13 Staaten. Die Mitgliederentwicklung folgender Zusammensetzung ersichtlich:

Sektion	1901	1902	1904	1906
I. Deutsche	673	980	1331	1635
II. Österreichische	182	252	251	294
III. Belgische	66	74	77	78
IV. Dänische	—	—	—	97
V. Spanische	—	—	—	66
VI. Amerikanische	—	—	—	140
VII. Französische	113	134	290	450
IX. Ungarische	70	332	335	241
X. Stellensche	71	80	80	120
XI. Niederländische	175	178	183	193
XII. Schweizerische	238	243	476	444
Direkte Mitglieder	20	45	57	27
Summa	1698	2318	3080	3852

In den letzten zwei Jahren sind Belgien, Dänemark, Spanien und Amerika neu hinzugekommen. Das Schwergewicht der Tätigkeit liegt in den einzelnen Sektionen, die auch in diesem Jahr ebenfalls hierüber Bericht erstatten. Ihre Aufgabe besteht sowohl darin, den nationalen Arbeiterschutz im Lande zu fördern, als dem internationalen Arbeiterschutz die Wege zu ebnen. Die eifrigste aller Sektionen ist zweifellos die deutsche, welche uns unter dem Namen „Gesellschaft für Sozialreform“ bekannt ist. Sie hat nicht bloß die größte Zahl der Mitglieder in der J. B., sondern hat auch im Lande die breite Gruppe der christlichen Arbeiter hinter sich.

Die Erfolge des internationalen Arbeiterschutzes sind unter den obwaltenden Schwierigkeiten sehr erfreulich. Allerdings kann die J. B. in den einzelnen Staaten ihre Forderungen nicht ohne weiteres aufzwingen. Sie muß sich darauf beschränken, die einzelnen Fragen sprachlos zu klären durch Erhebungen und Beratungen und dann dem Staate ihre Vorschläge unterbreiten. Zu diesem Zweck finden auf Anregung der J. B. und der Schweizerischen Regierung internationale Konferenzen von den Vertretern der Regierungen statt, zu denen in der Regel die J. B. zugezogen wird. Die letzte derselben fand am 8. Mai 1905 in Bern statt. Neben der Berner Konferenz steht es in dem Bericht:

Der Präsident der Vereinigung ist den Beratungen der Berner Konferenz zugezogen worden und war so Zeuge der Schwierigkeiten, welche insbesondere seitens derjenigen Staaten, in welchen noch keine Sektion der Internationalen Vereinigung begründet war, der Durchführung ihrer Beschlüsse entgegstanden. In diesen Staaten müssen die Regierungen vielfach berücksichtigen, daß die Parlamente, angehört der Sympathie der öffentlichen Meinung, den gewünschten Reformen ihre Zustimmung verfassen könnten.

Diese Schwierigkeiten zeigten sich besonders in der Phosphorfrage. Mit dem 1. Januar 1901 sollte in den an der Konferenz beteiligten Staaten das Verbot der Herstellung von Blindholzern mittels weichen Phosphors in Kraft treten, falls auch die auf der Konferenz nicht vertretenen Staaten, besonders Japan, sich beteiligten. Japan hat inzwischen abgelehnt, ebenso sind England und Schweden die Abmachung nicht beigetreten, weil angeblich die in diesen Ländern bestehenden Verhütungsvorschriften die Erkrankungsgefahr ausschließen. England musste aber erleben, daß kurz nach der Berner Konferenz drei schwere Fälle von Phosphorbrande zur Anzeige gelangten. Unmerklich haben eine ganze Reihe von Staaten, darunter auch Deutschland, trotzdem das Phosphorverbot durchgeführt.

Meiste Erfolg ist in der Frage der Frauennachtarbeit zu verzeichnen, die wir glücklicherweise in Deutschland in der Industrie nicht kennen, die aber vor allem noch in Belgien, Ungarn, Spanien, Italien, Portugal, Norwegen und Schweden gang und gäbe ist. Das Verbot der Nachtarbeit ist von den beteiligten Staaten postuliert worden mit der Maßgabe, daß eine Mindestarbeitszeit von elf Stunden vorgesehen würde. Die J. B. hatte zwölf Stunden verlangt, drang aber nicht durch wegen des Widerstandes von Italien, Belgien, Norwegen und Schweden. Auch musste die Ausnahme zugestanden werden, daß an 60 Tagen des Jahres die Nacharbeiten auf zehn Stunden verkürzt werden dürfen.

Der Präsident der Vereinigung ist den Beratungen der Berner Konferenz zugezogen worden und war so Zeuge der Schwierigkeiten, welche insbesondere seitens derjenigen Staaten, in welchen noch keine Sektion der Internationalen Vereinigung begründet war, der Durchführung ihrer Beschlüsse entgegstanden. In diesen Staaten müssen die Regierungen vielfach berücksichtigen, daß die Parlamente, angehört der Sympathie der öffentlichen Meinung, den gewünschten Reformen ihre Zustimmung verfassen könnten.

Ferner ist Österreich und Belgien für Durchführung des Verbots in der Rohzuckerfabrikation, Spinnerei und den Bergwerken (?) eine zehnjährige Frist eingeräumt. Für alle anderen Gewerben und Industrien soll in fünf Jahren das Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Kraft treten.

Das ist immerhin ein schöner Erfolg. Es ist ein tröstlicher Gedanke, daß den Arbeitertinnen aller Kulturländer auf Grund dieses Abkommens die Nachtarbeite gesichert wird. Einen indirekten Erfolg erhofft die J. B. noch insofern, als in absehbarer Zeit es möglich sein werde, einen zehnstündigen Maximalarbeitszeit für Frauen international festzusezten.

In Deutschland hat Graf Posadowsky im Reichstag erklärt, daß sobald das Berner Protokoll von den Vertragsmächten unterzeichnet ist, er in Deutschland eine Vorlage für den gesetzlichen Zehnstundentag für Frauen einbringen werde.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. In der Versammlung der J. B. im Jahre 1904 hatten sich der französische Minister Millerand und der deutsche Vertreter des Ministers des Innern, Herr Ministerialdirektor Gaspar, auf den Satz geeinigt: „Für die Rechte, die dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgegenen gewährt sind, soll keine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit, Wohnort oder Aufenthalt der Rechtsgenossen stattfinden.“ Diese Vereinbarung hat bereits auf die Handelsvertragsunterhandlungen vom Jahre 1904 seine Wirkung ausgeübt. Sowohl im schweizerisch-italienischen als auch im deutsch-italienischen Handelsvertrag werden Klausuren aufgestellt, wodurch die vertragsschließenden Teile sich verpflichten, in gemeinsamem und freundlichem Einvernehmen die Rentenansprüche der Arbeiter, die Angehörige eines Vertragsstaates sind, zu prüfen, um durch geeignete Vereinbarungen den Arbeitern beider Nationen in beiden Ländern eine Behandlung zuzuteilen, die ihnen sowohl als möglich gleichwertige Vorteile verschafft.

In dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag vom Januar 1905 werden auch Klausuren der Arbeiterschutz-

änderungen in Aussicht genommen. Der deutsche Bundesrat hat auch für die Angehörigen des Königreichs Belgien die Bestimmung aufgehoben, wonach das Recht auf Bezug der Unfallrente ruht, solange der verletzte, entschädigungsberechtigte ausländische Arbeiter nicht im Deutschen Reich seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Dieselben Grundfälle sind in besonderen Unfallversicherungsverträgen zwischen dem Deutschen Reich und Luxemburg und Belgien und Luxemburg zum Ausdruck gelangt. Die Initiative aus dem Gebiete der Arbeiterversicherungs- und der Arbeiterschutzverträge, sowie der Arbeiterschutz- und Versicherungsklauseln in den Handelsverträgen darf die J. B. für sich in Anspruch nehmen.

Die Internationale Arbeitsamt.

Die Vereinigung unterhält ein Internationales Arbeitsamt in Basel. Das Institut ist zwar äußerlich selbständig, untersteht aber der Rücksicht und der Direktive der J. B. Es hat wesentlich eine sozial-wissenschaftliche Aufgabe: Veröffentlichung der in den einzelnen Ländern erlassenen sozialen Gesetze, in den Versammlungen und Kongressen gefassten Beschlüsse usw. Zu diesem Zweck erscheint das „Bulletin“ in jährlich zwölf Heften. Im Berichtsjahr 1905 wurden aus 74 Staaten 311 Gesetze und Verordnungen im Wortlaut oder im Auszug mitgeteilt. Seit dem Jahre 1901, dem Gründungsjahr, bis August 1906 erteilte das Arbeitsamt 98 Auskünfte über soziale Angelegenheiten, darunter 44 für Regierungen und Behörden. Die Berichterstattung wie auch die Auskunftserteilung ist wegen der Vielzahligkeit zeitraubend und schwierig, aber ebenso verdientvoll. Der Ausbau des Archivs und der Bibliothek hat in den Jahren 1905 und 1906 wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Die wichtigste Frage, welche gegenwärtig die J. B. wie auch das Arbeitsamt beschäftigt, ist die Frage der gewerblichen Güte und speziell die „Bleifrage“. Zur Bekämpfung der Bleifahrzeuge ist vom Arbeitsamt ein Preisauflöschen erlassen, zu welchem Zweck dem Unte in hochherziger Weise von dritter Seite der Betrag von 337,50 Frs. zur Verfügung gestellt sind. Es sind beim Arbeitsamt 63 Manuskripte eingegangen. Der Spruch der Preisrichter dürfte erster Tage erfolgen.

Die Finanzlagen

der J. B. und des Arbeitsamtes haben sich wesentlich gebessert. Nach dem Bericht des Schatzmeisters betrugen die Gesamteinnahmen im Jahre 1905 62 174 Frs., darunter sind u. a. 17 100 Frs. Beiträge der Sektionen, 37 684 Frs. Staatsbeiträge für das Arbeitsamt und 685 Frs. direkte Mitgliederbeiträge. Die Gesamtausgaben betrugen 63 294 Frs., darunter 37 943 Frs. für das Arbeitsamt. In das Jahr 1906 ist ein regelmäßiges Defizit von 7143 Frs. übernommen.

Die Tagessordnung der diesjährigen Generalversammlung umfaßt außer der Berichterstattung folgende Punkte: Bleifrage und industrielle Güte, Nacharbeit jugendlicher Arbeiter, Maximalarbeitszeit und Heimarbeit, Versicherung ausländischer Arbeiter. Für jeden dieser Punkte ist eine besondere Kommission gewählt. In dieser Art der Behandlung der Fragen unterscheidet sich die Generalversammlung der J. B. vorteilhaft von anderen Kongressen. Es soll praktische Arbeit geleistet werden. Die schönen Reden in den öffentlichen Versammlungen haben deshalb weniger Zweck, viel wichtiger ist die Arbeit der Kommissionen.

(Schluß folgt.)

Zur Abrechnung für das dritte Quartal.

In der „Baugewerkschaft“ Nummer 19, 20, 21, 22 sind unter der Überschrift „Innere Reformen“, sowie in Nummer 26 unter obiger Überschrift Anweisungen von uns gegeben worden, wie der innere Ausbau unseres Verbandes sich gestalten muß, um allen an ihn gestellten Ansprüchen genügen zu können. Wir erwarten von diesen Ausführungen eine Verbesserung der bislang bestehenden Mißstände, hauptsächlich im Kassenwesen. Diese Erwartungen sind auch eingetroffen, jedoch nicht in dem Maße, wie es notwendig ist. Wir sind keine Freunde vom sogenannten „Bureaucratismus“, jedoch im Kassenwesen ist er unentwendlich. Das Kassenwesen ist das Herz des Verbandes. Wenn das Herz des Menschen seine Tätigkeit einstellt, so ist es mit ihm zu Ende, sobald das Herz des Menschen nicht in regelrechter Weise seine Arbeit verrichtet, ist der selbe fraktenmäßig verhältnis es sich mit der Verbandskasse, wenn Unregelmäßigkeiten und Unordnung vorherrschen. In nachstehendem wollen wir noch einige Ausführungen geben.

A. Die Zahlstellen.

welche zu einer Verwaltungsstelle sich vereinigt haben, müssen ihre Quartalsabrechnungen als auch die vereinahmten Gelder an den Verwaltungsstellenklassierer abführen und zwar die Gelder monatlich.

Jede Zahlstelle hat Marken und sonstiges Material nur von dem Verwaltungsstellenklassierer zu beziehen.

Die Zahlstellenklassierer müssen ihre Abrechnungen bis zum 10. nach Schluß des Quartals an den Verwaltungsstellenklassierer eingesandt haben.

B. Die Verwaltungsstellen.

Die Abrechnungen der Verwaltungsstellen müssen sich über alle angeschlossenen Zahlstellen erstrecken. Wie von den Zahlstellen auf Formular A gemachten Angaben über Mitgliederzahl und verkaufte Marken sowie sonstigen Einnahmen und Ausgaben muß der Verwaltungsstellenklassierer auf ihre Richtigkeit prüfen und auf ein Formular A unter den Titel „Abrechnung der Verwaltungsstelle“ zusammenzählen und an den Hauptklassierer einsenden.

Den Abrechnungen der Zahlstellen sind nur die Formulare B und C an den Hauptklassierer einzuführen. Die Formulare A bleiben in Verwahrung bei dem Verwaltungsstellenklassierer.

Verbindlichkeit.

wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige
sendet man sofort an die Redaktion des Nach-
kunst-Mitteilungen. können noch Dienstagabend
die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Dutch Text.

ungen, 21. September. Dienstag; den 18. d. Ms., hiess die Mitgliederversammlung ab, wozu unser Bezirksschulbeamter Hanover erschienen war. Derselbe hielt einen interessanten Vortrag über den Wieslauer Kongress, welchen kein Beifall aufgenommen wurde. Im weiteren wies der auf das stetige Wachsen der christlichen Gewerkschaften vordeute die Kollegen auf, alle mitzuarbeiten an unserem Ziele, daß wir die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften zu erreichen, sondern noch übersetzen. Nun noch einige über unser Verhältnis hier am Orte zu den „freien“! Trotz aller Chikanen und öffentlichen Versammlungen, den sie uns in ihr rotes Lager zu ziehen suchten, müssen das stete Wachsen unserer Zahlstelle erleben, wo hingegen Zahlstelle nach Aussage ihres Kassierers, dem Uнтерgang geht. Dieses Prachtekemplar eines Gewerkschaftlers sich folgender Neuherzung: „Dass unsre Zahlstelle hre eingehet, — nāmlich zum dritten Male — sehen wir fehlt ein, aber ihrer Christlichkeit er- oder auch nichts, dann wenn ihr mall im einen nicht treten solltet, dann spielen wir Streit.“ Vorläufig haben wir noch keine Begründung für derselber, da unser Tarif bis zum 1. April 1908 Gültigkeit hat, dahin werden wir aber hoffentlich unsere Zahlstelle so gut haben, daß wir ein paar rote Streikbrecher nicht ausbrauchen, und dieses zu erreichen, ist es Pflicht eines Kollegen, seine Kräfte in dem Dienst unserer guten Sache zu verwenden.

Kapitel II. Die Verhauungsstelle der Dachdecker hält am 1. November ihre 6. Generalversammlung in ihrem Sitzungssaal Wallstr. 11 ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Minzel, eröffnete und teilte zunächst den Bericht über das diesjährige Geschäft mit, welches als ein gelungenes bezeichnet werden kann und einer Überschuss von 58,75 M. brachte. Desgleichen auch der Geschäftsbericht vom verflossenen Jahre mit, welcher ein bedeuernder Fortschritt zu verzeichnen ist. Danach folgten 120 Mitglieder, ausgeschieden 42, davon geschieden abgereist 10, selbständig geworden 4, und wegen rückwärtsliegender Verträge ausgeschlossen wurden 18. Die Mitgliederzahl zurzeit 240. Die Verhauungsstelle hat einen partiellen Arbeitsnachweis mit der Innung zusammen. Sie ist im Prüfungsausschuss der Handwerkskammer und in letzterer dieselbe durch rege Beteiligung an der Wahl des Gesellenrates auch diese durch ihre Mitglieder besetzt. Der Rassenschatz am Schluß des Jahres gegeben: Das Sparguthaben zurzeit 893,98 M. Es wurde sodann zur Vorstandswahl, in welcher wieder der bisherige Vorstand gewählt wurde; war: Kollege Paul Minzel als erster und Kollege Ludwig Kühnert als zweiter Vorsitzender; als erster Kassierer Kollege Kühnert, als zweiter Kollege Hermann Feber; als erster Schriftführer Kollege Karl Baal, als zweiter Kollege Karl Heinemann; als dritter gingen die Kollegen J. v. Koch und Stechert hervor. Als Vize des Zentralvorstandes wurde Kollege Minzel und als zweiter Kollege Joseph Althaus gewählt. Kartelldelegierter ist Karl Rohlsiedt und Stellvertreter Kollege Karl Ehle, in den Arbeitervertreter-Ausschuß wurde Kollege Andreas Kühnert und als Stellvertreter Kollege Minzel gewählt. Reinhardt teilte hierauf einiges über die aufstiegernden fragechristlichen Gewerkschaftskartells mit, besonders über den Zweck und ersuchte die Kollegen, denselben genau und sachlich zufüllen und am ihrem Haustässerer abzugeben. Hielt er zum Schluß einen zielgeraden und interessanten Vortrag über das Gewerbege richt, besonders über die Gewerbegerichtsordnung, ihm reicher Beifall gezollt wurde.
Karl Baal, Schriftührer, SO: 33, Lübbenerstr. 26, II.

三
三

zgjg., 23. September. Mittwoch, den 19. d. Ms. tagte unsere Mitgliederversammlung im St. Josefshause. Dieselbe war sehr schwach besucht wie in letzter Zeit eine große Laienversammlungsbesuch überhaupt eingetreten ist. Als Gründende könnte man annehmen, daß der Vohntarif auf drei Jahre fest ist und unsere Kollegen nun der „Ruhe“ bedürfen, aber die sogenannte freie Organisation aus dieser Seelenwärmer Kollegen ihre Konsequenzen zieht und Terrorisierungen, öffentlicher Anklage von Verbandsbüchern zu den Liebesleben dieser raten Verkäufer unseren Kollegen gegenüber so hätten denn unsere Kollegen augenscheinlich Grund gegen derartige freche Unnachmungen, in die Versammlungen und dort dagegen energisch Front zu machen. Aber wird weiter geschlafen den Schlaf der Gerechten und erst ist Strich am Holze ist, dann geht man zum Gewerkschafts- und beschlägt sich über diese Schikanierungen und verlangt zug zu stellen usw. Würde man aber pünktlich in die Menge gehen, sich dort schützen mit dem uns schützenden Gesetze usw. mehr vertraut machen, so würde man bald wie man sich solchen Unnachmungen gegenüber momentan zu hat. Unseren Sekretär, Kollegen Koch, der ohnedies Arbeit und Mühen genug hier im Osten hat, zu einem Zeit entlasten und er würde diese Zeit für die hier noch soige Agitation in der Umgegend besser verwenden können; aber zieht man ihn persönlich in die gehässigsten Kreise hinein und dies wird von Kollegen in die Wege gebracht, denen man annehmen dürfte, zu wissen, daß derartige für die Ausbreitung unserer Organisation nicht von Vorteil sind. Nicht glauben diese Kollegen Grund zu haben, ordnungsmäßig autorisiertes Amt bei jeder persönlichen Niederlassung und so dem sachlich notwendig nötigen Gezug der Bahnhofstelle zu stören versuchen, ungedacht dessen hierbei gegen die Interessen unseres Verbandes verstossen. Nun es vor, daß in letzter Zeit der bisherige Kassierer Kollegen, weil man ihm in der Versammlung mangelhafte pünktliche Buchführung vorwarf, sein Amt sofort niedergelassen bis heute gerechnet zu haben; das zeugt von

ne bis heute abgerechnet zu haben; das zeugt von In-
genierleit und man sollte in Zukunft für verantige Posten bei
unsichtiger sein. Nun Kollege, fragen wir uns? Wollen
wir zusehen, wie die roten Waller sich immer mehr
auszumachen? Nein! Wir wollen bedenken, daß wir
anderer Faktoren zur rechner haben. Erstens die unablässigen
Zahlungen der Roten. Warum? Weil sie es wissen, daß
sie auf dem Posten sind. Zweitens die Arbeitgeber. Be-
denkt, daß wir den Vertrag auf drei lange Jahre abschließen
da wir mit dem Verhältnis der Genossen rechnen müßten.
Es notwendig doppelt auf der Hut zu sein, daß uns von
außen nichts beschneiden wird. Sie sehen also Kollegen,
notwendig ist, auch im Bittern des Friedens nicht müßig zu
befreien. Angriffen, von welcher Seite es sei, ge-
gen zu sein. Darum aufgewacht schlüpfen, wir haben nicht
zu lassen, besuchten wir hünftlich die Versammlungen,
uns und nur so wird es uns zur Möglichkeit, aus
zweitem Königsberg zu machen, in Bezug auf die Ent-
sicherung als tüchtige Arbeitsergebnisse von Unrecht habende
Gemeinschaft. Sonz 1. Oktober ab finden die Versammlun-

~~der statt~~

Feuerkasse.
Burg L. S. Am Samstag, den 22. September, hielten
die regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die durch
Vorsteher dem eröffnet wurde. Drei neue Ver-
waltungsräte wählte

referierte über die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wobei er besonders die folge hervorholte, die durch die Organisation in allen Städten Deutschlands, besonders für die Bauarbeiterchaft, errungen waren. Medner sprach sein Erstaunen aus, wie es möglich gewesen sei, daß in einer Stadt wie Freiburg, die christlichen Gewerkschaften so wenig Verbreitung gefunden hätten. Es müssen doch Eigentümlichkeiten mitgespielt haben, daß die meisten Arbeiter sozialdemokratisch organisiert seien, ohne es zu wissen. Unsere Aufgabe müsse sein, diese Kollegen von dem Zwang, den roten Brüder zu befreien, und den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. Medner ging sodann auf die Streitbewegungen um die Haltung der freien Gewerkschaftsführer ein. Er tadelte die Taktik der maßgebenden "freien" Führer in Verbindung mit der Schreibweise ihrer Leiborgane. Er nannte besonders die rote „Volksstimme“ und die „Mülhauser Volkszeitung“, die geschickt fertig brachten, den Arbeiter zu nichts anderem als zum Schinnenvieh und zum Kanonenfutter für die Mächtigsten der sog. Agitatoren zu gewinnen. Darum, Arbeiter, so waren die Schlussworte des Referenten, wollt ihr, daß die Arbeiter und Lohnbewegungen in vernünftige und richtige Bahnen geleitet werden, dann kündet und dürft ihr unter den heutigen Verhältnissen nicht den „freien“, vulgo soziald. Gewerkschaften betreten, sondern dann kündet ihr nur in die christl. Gewerkschaften einzutreten. Die Umstände zwingen euch, so zu handeln. Wohlstand und zögert nicht, eure Lösung muß sein: Hinein in die christlichen Gewerkschaften! Darum Arbeiter, ausgewählt!

Winter.

Aus der Pfalz. Sonntag, den 18. September, vormittags tagte in Kaiserslautern eine Konferenz der umliegenden Zahlstellen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Beratung des Ortsstatuts der Verwaltungsstelle Kaiserslautern; 2. Verschiedene Vertreter waren 15. Delegierte, die etwa 660 Mitglieder vertraten. Drei meist kleine Zahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt, weil deren Mitglieder alle oder zum größten Teile auswärts arbeiten und nur alle vier bis sechs Wochen nach Hause kommen. Es wurden die einzelnen Paragraphen des Ortsstatut-Entwurfs, der den Zahlstellen 14 Tage vorher zur Durchsicht und Beratung zugesandt war, vorgelesen und zur Diskussion gestellt. Zwei Zahlstellen hatten das ganze Statut abgelehnt; es waren Olsbrücken und Weidenthal, sie wollten das alte Verhältnis, wonach jede Zahlstelle für sich ist, beibehalten. Der Delegierte der Zahlstelle Schneckenhausen konnte keine bestimmte Angabe machen, da ihm aus Verschen ein Statutenentwurf nicht zugegangen war, somit die Mitglieder seine Zahlstelle auch keine Stellung dazu nehmen konnten. Die Verhandlungen ergaben, daß der vom Kollegen Brendel vorgelegte Entwurf angenommen wurde. Die wichtigsten Punkte des Statut sind, daß in Zukunft allen Zahlstellen das Material von Kaiserslautern zugestellt wird, die Zahlstellen sämtliche Einnahmen an den Verwaltungsstellenkassierer abliefern müssen und sämtliche Lokalausgaben von der Verwaltungsstelle getragen werden. Die Kassierer erhalten drei Prozent der Einnahmen; neben dem statutengemäßen Beitrag wird wöchentlich ein Bezirkszuschlag von 5 Pfennig geleistet. Im Winter sollten in den beitragsfreien Wochen nach dem Statutenentwurf ein Lokalzuschlag von 10 Pf. pro Woche erhoben werden. Da aber einige Zahlstellen dieses ablehnten mit dem Einwand, die Kollegen könnten im Winter diese Summe nicht aufbringen, wohingegen eine Anzahl Zahlstellen diesem Vorschlag zustimmten, wurde dieses vorläufig dem freien Ermessens bezw. den Beschlüssen der einzelnen Zahlstellen überlassen. In den Ausschuß der Verwaltungsstelle wurden gewählt die Kollegen: Baume-Kaiserslautern als erster, Baumann-Esthal als zweiter Vorsitzender. Die Wahl eines Kassierers wurde der Zahlstelle Kaiserslautern überlassen. Als Schriftführer wurden Gebhardt-Mehrbach erster Lorenz-Enkenbach zweiter, Revisoren: Schuler und Wagner. Die Beschwerdekommission setzt sich zusammen aus den Kollegen Baumann-Esthal, Frohuhöfer-Schalodenbach, Schuler-Hochspeyer, Meister-Otterbach, Vossung-Hohenreichen. — Kollege Brendel richtete

an die anwesenden Delegierten einige beherzigenswerte Worte und schloß mit dem Wunsche, daß auch die in dieser Sache noch nicht schlüssigen sich dem Mehrheitsbeschlusse fügen mögen, da mit in dem Bezirk Kaiserslautern, der in kürzer Zeit so bedeutenden Rüschung genommen hat, auch in Zukunft erfolgreich für die Kollegen gearbeitet werden könne. Damit hatte auch die Konferenz ihren Schluß erreicht. Nachmittags 4 Uhr stand dann im Saalbau eine große Versammlung statt. Kollege Brendel sprach über das Thema: „Die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.“ Auch eine Anzahl Genossen hatten sich eingefunden, aber nur zu dem Zweck, die Versammlung zu hören. Während des Vortrages verhielten sich diese Herren einigermaßen ruhig; in der Diskussion wurde jedoch nachgeholt, was vorher verstaunt wurde. Der Maurer-Übergenoss Jörg ließ sich zuerst das Wort geben; er sang ein Loblied auf die engelreinen „freien“ Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, verdonnerte das Zentrum und die bürgerliche Gesellschaft, ließ alle Christlichen zu den „Freien“ übertragen, riet sich an den Pfaffen und die bäßlichen Mönchen, ließ Kollegen Brendel einen Pfarrer werden, schimpfte auf das Jenseits, Weltatatismus und Brotwucher, und kam zu dem Schluß: sie, die Freien, wollten ein lebendiges Christentum! Ein Genosse Kaisers verfehlte die Gewerkschaftskassen, den Freien gab er die größten Hirsch-Dunkerschen die zweite, da blieben für die Christlichen noch 11 Pfennige übrig. Am Schluß der Versammlung sprach auch ein Herr Dr. Bertrung einige Worte über die kulturhistorische Entwicklung der Arbeiterbewegung. Seine Ausführungen waren sehr sachlich und objektiv. Daß er aber richtig stellung nahm zu den Genossen, konnte der rote Fähnrich Ringelchen nicht gut fassen, deshalb trockn er unter den Läden, in dem der Herr stand, brachte sein Klavier in die Nähe eines hinteren Körperteils des Herrn Redners, um allem Auge keine nach durch Geruch festzustellen, welcher Richtung der Redner angehöre. Das Verhalten der Genossen in gebührender Weise zu kennzeichnen, dazit fehlt einem wahrhaft der richtige Ausdruck. Charakterlosigkeit, Gemeinheit und Frechheit sind als Bezeichnung zu schwach. Trotzdem aber spielen sich solche Burschen auf als Mustergewerkschafter und Intelligenzen der Arbeiter-

Aus Antonienhütte (Schlesien) schreibt uns der Kollege Paul Barton: Erst jetzt bekomme ich, durch Mediensarten darauf aufmerksam gemacht, eine Notiz des „Grundstein“ Nr. 28 zu Leicht, in welcher ich regelrecht verleumdet werde. Wenn ich in meinen Lehrjungen eine Ohrfeige gab, so geschah es nicht aus christlicher „Nächstenliebe“, sondern um der Freiheit dieser Jungen zu steuern. Es wäre aber angebracht, wenn der „Grundstein“ statt dieses Falles jene durchausfachen Fälle mitteilte, wo seine Jünger christlich organisierten Kollegenten die Schläge ausüben sollten. Aber da schweigt er sein. Weiter ist es eine rohe Lüge, daß ich wegen „Unfähigkeit“ meinen Polierposten aufzugeben müsste. Nein, ich habe den Posten freiwillig aufgegeben und zwar, weil der Unternehmer nie genug gearbeitet und keine Leute bekommen konnte. Er war in der ganzen Gegend dafür bekannt. Aus diesem Grunde gab ich eine Stellung auf, nachdem ich die Kreisfamilie ausgeführt und eine weitere zu Paulsdorf angelegt hatte. Der „Grundstein“ sieht in meinen Augen solange ein Verleumderblatt, bis er diese Tatsachen registriert hat.

Aachen, 16. Sept. Eine Konferenz unserer Verwaltungs-
elle fand heute statt, zu der die Delegierten von 35 Zahl-
ellen erschienen waren. Nicht vertreten waren die Zahl-
ellen: Altenberg, Eilendorf, Gülpes, Hülzberg, Eys, Nyswiller,
Sanbach, Speckholzerhain. Beiratsleiter Kollego Lange, war
nicht vertreten.

Vorsitzendemitglied, Kollege Janssen, das Nichterscheinen der Vorsitzendenmitglieder, welche zur Vorstandssitzung nicht erschienen seien. Es sei zu bedauern, dass diese Kollegen kein Verantwortungsgefühl für ihren Posten zeigten; Diejenigen, welche sich zu einem solchen Posten wählen liessen, seien verpflichtet, auch den derselben auszufüllen. Aus dem Bericht der Delegierten ging hervor, dass in manchen Zahlstellen gut gearbeitet worden ist, dagegen in verschiedenen anderen nicht mit dem nötigen Eifer und Umsicht für unsere Sache eingetreten wurde. Vielleicht lassen die Versammlungsbesuche zu wünschen übrig, auch wurde über das mangelhafte Baudelegiertenwesen auf den Bauten und Arbeitsplätzen geklagt; ferner würden seitens der Unternehmer mangelhafte Baubuden und Aborte hergerichtet. Im allgemeinen zeigten die Berichte, dass es vorwärts gegangen ist. Ueberall klang die Mahnung: es muss besser gehen. Nachdem die Gehaltsfestsetzung für den Kollegen Zimmermann erledigt war, wurde von demselben der Quartals-Kassenbericht gegeben, welcher eine Mitgliederzahl von 1618 ergab und eine Einnahme von 6932,55 Mk., eine Ausgabe für die Hauptkasse von 8272,25 Mark, in welcher für 2193,72 Mk. Streikunterstützungen enthalten sind, für die Lokalkasse an Einnahme von 2855,58 Mk., der eine Ausgabe von 2858,40 Mk. gegenüberstand. Dabei ist die Neueinrichtung des Sekretariates mit inbegriffen. Heute beträgt die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle 2070. Nachdem Kollege Radermacher den Bericht der Revisoren gegeben hatte, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann gab Kollege Bücher den Tätigkeitsbericht der Freigestellten vom 15. März bis 1. September und wurde dann eine Ergänzungswahl des Vorstandes vorgenommen. Als stellvertretender Schriftführer und Kassierer wurden die Kollegen Heinrich Radermacher und Leonard Kalf gewählt; als Revisoren Math. Kleini und Alex. Becker von Hause. Es wurde beschlossen, einen Lokalbeitrag von monatlich 10 Pfg. obligatorisch für alle Zahlstellen einzuführen. Dieser Beitrag soll den Lokalkassen verbleiben. Leider war die Zeit durch Diskussionen an kleinlichen Gesichtspunkten soweit vorgeschritten, dass ein Teil der Delegierten schon die Konferenz verlassen hatte. Dem Vorsitzenden wurde der Auftrag gegeben, sämtliche Zahlstellen den Beschluss mitzuteilen. Ferner wurde beschlossen, durch den Vorstand eine Eingabe an die Regierung zu machen, um Erlass von baupolizeilichen Vorschriften zum Schutz der Bauarbeiter für den Regierungsbezirk Aachen, mit Ausübung von Strafbestimmungen für Übertretungen resp. Unterlassungen. Kollege Bücher führte aus, dass für die Stadt Aachen einige karge Bestimmungen zum Schutz der Bauarbeiter den baupolizeilichen Vorschriften für Ausführung von Bauten angehängt seien, aber diese würden nicht beachtet und innegehalten, weil die Strafbestimmungen für Unterlassung oder Nichtachtung der Vorschriften fehlen. Deshalb erhalten die Unternehmer keine Strafmandate. Die Delegierten der holländischen Zahlstellen von Houthen und Mersen drückten den Wunsch aus, die „Baugewerkschaft“ möchte in holländischer Schrift und Dialekt erscheinen; da die holländischen Kollegen die deutsche Schrift nicht lesen könnten. Kollege Bücher erklärte die Schwierigkeiten, welche der Erscheinung in holländischem Dialekt entgegenstehen und betonte, dazu sei eine grössere Zahl Kollegen notwendig, um dieses zu erreichen; versprach aber, auf dem nächsten Verbandstage dieses zur Sprache zu bringen. Kollege Lange teilte mit, dass auch in Zukunft Statuten in holländischem Dialekt hergestellt würden. Nachdem noch auf die Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse VI, in welcher so viele Mitglieder versichert sind, aufmerksam gemacht war, und an die Pflicht der Vorsitzendenmitglieder sowie der Mitglieder, die Versammlung besser zu besuchen, sowie Baudelegierte auf den Bauten zu wählen, appelliert, wurde die Konferenz geschlossen. Die nächste Konferenz wird in Zukunft vormittags angesetzt werden müssen, damit auch alle Angelegenheiten erledigt werden. Der Zustand, dass Delegierte die Sitzung verlassen, ehe dieselbe beendet ist, ist unhaltbar. Kollegen arbeitet daher mit grösserer Eifer und Energie an dem Ausbau unserer Zahlstellen und dem Vertrauensmänner-System.

Dinamar. 16. September. Ueber den Verlauf des Breslauer Kongresses referierte in unserer letzten Versammlung Kollege Hildebrand-Hannover. Redner verstand es, uns einen ausgedeckten Ueberblick über dessen Arbeiten und Beschlüsse zu geben. Das Stühmee ziehend, forderte er die Kollegenschaft auf, mehr wie bisher für unsere Sache zu wirken, damit die kräftige Entwicklung unserer Gewerkschaften nicht ins Stocken gerate. Vor allem müsse in der Agitation auch die Ausbildung mehr betrieben werden, die zudem die beste Aufklärungsarbeit bedeute. Ein jeder solle wirken an seiner Stelle: „Kannst du nicht Domänenmeister sein, hau' als Steinmetz deinen Stein, ist diese Arbeit dir zu fein, so trag' herbei den Mörtel und die Stein.“ — Diese Schlussworte des Referenten mögen alle Kollegen recht beherzigen.

Gastrop. 18. September. Die hiesige Zahnstelle des sozialdemokratischen Männerverbandes erfreut sich einer hunderbunten Zusammensetzung. Der Sohn eines Unternehmers (Heltw) ist Vorsitzender, ein ehemaliger Streikbrecher, der bei uns voriges Jahr wegen dieseshalb, und daß er mit 18 Beiträgern im Klischee war, ausgeschlossen wurde, ist. — Schriftführer. Wenn uns die Genossen vorwerfen, wir verübtien Farisbrüder, so ist dieses eine Lüge, mit der man Dumme fangen will. Ebenso ist es mit dem Anwurf, unser Freigestellter kontrolliere die Bauten nicht. Freilich macht er es nicht wie Genosse Bendler, der statt dessen unseren Kollegen abends aufspäht und sie mit in die Wirtschaft lotsen will, um für sie zu traktieren und sie dann mit Schnaps umzutaußen für seinen Verband. Nein, alle Verbesserungen, die hier für die Kollegenschaft erwirken sind, die kommen auf unser Konto, berweil die Genossen parteiische Quatscherei treiben.

Wenden i. W., 17. September. Auch hier hat jetzt die Organisation ihren Einzug gehalten. In unserer 10 000 Einwohner zählenden Industriestadt war bis jetzt in dieser Sicht noch nichts geschehen. Wohl gehören unsere Unternehmer dem rhein.-westf. Arbeitgeberbunde an, aber sonst merkt man hier nichts von. Die Läufigkeit der Arbeiter, das zeigt sich hier am besten, ist den Unternehmern der liebste Zustand. Dann ist jetzt ein Ende gemacht, indem der Vorsitzende der christlichen Metallarbeiter, Kollege Hauser, sich unserer lästig annahm und hier eine Zahlstelle zustande kam. Nach einer langen Vor- und Heimarbeit ist es uns gelungen, heute 21 Mann im Bau- gewerbe organisiert zu haben. Deutl. Kollegen Hauser: unsern besten Dank für seine frühere wie stete Hilfe und liegt es jetzt an uns Kollegen, selbst die Waffe zu richten. So eher wir alle Kollegen hier unter unser Banner gesammelt haben, je eher dürfte es möglich sein, auch hier den rhein.-westf. Tarif einzuführen. Unsere Unternehmer dürfen darauf warten, Datum geht alle mit Kraft und Lust an die Agitation!

Burgsteinfurt, 24. September. Im Kreise Steinfurt befindet sich fast kein Ort mehr, in dem nicht eine Zahlstelle des Central-Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands befindet, ausgenommen die Kreisstadt Burgsteinfurt selbst. Aber auch bei uns fängt es an zu brennen, auch wir haben schon längst erkannt, daß wir nicht länger mehr abseits stehen dürfen, sondern uns einer Organisation anschließen müssen, die die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, sozialem und spirituellem Gebiete fördert. Zu diesem Zwecke war Kollege Schmitt aus Borghorst erschienen, der dann auch in seinen Erörterungen die Bestrebungen der einzelnen Organisationen darlegte. Er führte am Schluß aus, daß es wohl nicht eines längeren Zauderns und Bedenkens mehr bedürfe, sondern daß es für uns das beste wäre, wenn wir unsere Interessen in die Hände des Central-Verbandes christlicher Bauhandwerker und

